

JUSOS OBERBAYERN

Beschlussbuch
BEKO

Beschlüsse der Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern

am 12. März 2017

Brauerei-Ausschank Schnitzlbaumer, Traunstein

B01

Hohe Energie in Oberbayern

Antragsteller*innen Vorstand Jusos Oberbayern

Adressat*innen Jusos Oberbayern

1 **Ausgangssituation:**

2 Auch im vergangenen Jahr sind die rechten Demokratiefeinde weltweit stärker geworden.
3 Ein besonderer Rückschlag für alle pro-europäischen Kräfte war das Referendum über
4 einen EU-Austritt Großbritanniens, bei welchem mit knapper Mehrheit für einen EU-
5 Austritt gestimmt wurde. Bei der österreichischen Bundespräsidentenwahl hat es nur
6 knapp nicht gereicht für den rechten Burschschafter Norbert Hofer, der bei den Wahlen
7 zweimal von fast 50 Prozent der wählenden Österreicher*innen gewählt wurde. In
8 aktuellen Umfragen würde die FPÖ in Österreich die stärkste Kraft werden, ähnlich gute
9 Umfragewerte hat Marine Le Pen bei den Präsidentschaftswahlen in Frankreich und Geert
10 Wilders islamfeindliche Partei vor den Wahlen in den Niederlanden. In den USA regiert
11 seit Anfang des Jahres mit Donald Trump, ein Hetzer gegen Muslime, Frauen und queere*
12 Menschen.

13 Und auch in Deutschland hatte die AfD im vergangenen Jahr Zulauf an Mitgliedern und
14 vor allem steigende Wählerstimmen in den Bundesländern. In Wort und Schrift wird das
15 Wesen der Partei immer sichtbarer. Weite Teile der deutschen Parteienlandschaft, im
16 besonderen Maße die CSU, sind dadurch im vergangenen Jahr immer weiter nach rechts
17 gerutscht und haben sich in Wort und Handeln der AfD angepasst. Die Folge sind immer
18 schärfere Gesetze für geflüchtete Menschen. Die bayerische Staatsregierung ist hierbei
19 führend und versucht dort wo es möglich ist durch Schikane das Leben Geflüchteter, zum
20 Beispiel durch Arbeitsverbote, schwieriger zu machen. Selbst vor Abschiebungen ins
21 unsichere Afghanistan wird kein Halt gemacht.

1 Nicht zuletzt das Auseinanderdriften zwischen Arm und Reich muss als eine Hauptursache dieser
2 gesellschaftlichen Entwicklung betrachtet werden. Die Schere geht seit Jahrzehnten immer weiter
3 auseinander, sodass die Reichen immer reicher und die armen immer zahlreicher werden. Zwar
4 gab es in den letzten Jahren durch die SPD einige positive Ansätze in der Sozial- und
5 Arbeitsmarktpolitik, wie etwa den Mindestlohn. Eine dringend benötigte stärkere Beteiligung von
6 hohen Vermögen und Einkommen war in der großen Koalition nicht möglich. Dass der
7 designierte Kanzlerkandidat zumindest eine Nachbesserung von Fehlentscheidungen bei der
8 Agenda 2010 angekündigt hat, ist positiv zu sehen. Ebenso freuen wir uns über die vielen
9 Neueintritte, die es in den letzten Monaten, insbesondere durch den Brexit, die Trump-Wahl und
10 die Kandidatur von Martin Schulz gibt. Gemeinsam wird es unsere Aufgabe sein für einen
11 Politikwechsel einer rot-rot-grünen Bundesregierung zu kämpfen. Ebenso sollte durch unser
12 Handeln in Oberbayern die aktuellen Veränderungen in der bayerischen SPD in eine positive
13 Richtung geführt werden, damit die Sozialdemokratie auf Landesebene auch wieder eine starke,
14 progressive Kraft wird und auch in Bayern wieder einen ernstzunehmenden Führungsanspruch
15 stellen kann.

16 **Vorstandsarbeit**

17 In den letzten Jahren hat sich die Arbeit des Vorstands gewandelt und ist um viele positive
18 Elemente erweitert worden. Auf dieser guten Basis wollen wir unser Tun fortentwickeln und uns
19 noch stärker aufstellen. Aus dem Selbstverständnis unserer Arbeit heraus sollen in der nächsten
20 Amtsperiode wieder feste Zuständigkeiten für die Bereiche „Bildungsarbeit“, „Internationales“,
21 „Gleichstellung“, „Antifaschismus“, „Verbandscamp“, „Kampagnen“, „Bündnisarbeit“,
22 „Strukturarbeit“, „Neumitgliederbetreuung“ und „Öffentlichkeitsarbeit“ innerhalb des Vorstands
23 verteilt werden. Ebenso ist jedes Vorstandsmitglied als Ansprechpartner*in für ein bis zwei
24 Unterbezirke zuständig. Um dies für die Mitglieder transparenter zu gestalten, werden diese
25 Zuständigkeiten in Zukunft auch auf der Homepage vermerkt sein.

26 Der geschäftsführende Bezirksvorstand soll in vierwöchigem Rhythmus zusammentreten, um die
27 Arbeit des Bezirks zu besprechen und vorzubereiten. Diese Sitzungen werden bedarfsorientiert
28 durch Telefonkonferenzen zur Erörterung dringlicher Angelegenheiten ergänzt. Um eine stärkere
29 Anbindung der Unterbezirke an die Arbeit des Bezirksvorstands sicherzustellen, ist das

1 quartalsmäßige Zusammenkommen des Gesamtvorstands sicherzustellen.

2 **Geschäftsführung**

3 Seit dem Wechsel der Geschäftsführung der Jusos Oberbayern zum Jahreswechsel haben wir
4 inzwischen auch wieder feste Bürozeiten installiert, sodass die Juso-Bezirksgeschäftsstelle
5 wöchentlich nun insgesamt vier Stunden für sämtliche Fragen zur Arbeit vor Ort, des
6 Bezirksverbandes und allen weiteren benötigten Informationen zur Verfügung steht. Dies soll
7 auch weiterhin sichergestellt werden.

8 **Öffentlichkeitsarbeit**

9 a) Homepage

10 Auf der Homepage werden inzwischen regelmäßig Berichte von den Aktivitäten mit
11 Bezirksbeteiligung veröffentlicht. Ebenso wurden dort in regelmäßigen Abständen die
12 Unterbezirke vorgestellt, was wir bis zur Vorstellung aller aktiven Unterbezirke fortführen wollen.
13 Für die Homepage ist es im kommenden Jahr unser Ziel, den Unterbezirken dort auch
14 dauerhafte Präsenz zu ermöglichen.

15 b) Social Media

16 Neben der Homepage ist die Facebookseite ein Hauptmedium unserer Öffentlichkeitsarbeit und
17 wird regelmäßig mit Berichten befüllt. Dies soll auch im kommenden Jahr wieder sichergestellt
18 werden. Ebenso wollen wir unsere Öffentlichkeitsarbeit auf weitere Social Media Angebote
19 ausweiten.

20 c) Pressearbeit

21 Als Bezirksebene haben wir fast keine Möglichkeit in der Presse Erwähnung zu finden. Daher
22 werden wir die Unterstützung der Unterbezirke bei ihrer Pressearbeit in den Fokus stellen.

23 **Strukturarbeit**

24 Die Strukturarbeit ist eine der Hauptaufgaben des Bezirksverbandes. Dies soll auch im
25 kommenden Jahr weiter verfolgt werden. Unser Ziel ist es, dafür zu sorgen, dass es in ganz
26 Oberbayern funktionierende Juso-Unterbezirke und Arbeitsgemeinschaften gibt. Besonders

1 wichtig dabei ist die Reaktivierung von Juso-Unterbezirken. Dafür werden wir insbesondere auf
2 die SPD-Unterbezirke zugehen und gemeinsam mit diesen Konzepte erarbeiten.
3 Die Unterstützung der bestehenden Unterbezirke in ihrer Arbeit und die regelmäßige Präsenz
4 von Bezirksvorstandsmitgliedern in den Unterbezirken ist uns besonders wichtig.

5 **Neumitgliederbetreuung**

6 Besonderes Augenmerk werden wir im kommenden Jahr auf die Neumitgliederbetreuung legen.
7 Die vielen jungen Leute, die in den letzten Monaten den Jusos und der SPD beigetreten sind,
8 wollen wir gut in unseren Verband integrieren. Dieses Ziel soll insbesondere durch unsere
9 Bildungs- und Vernetzungsangebote erreicht werden.

10 **Bildungsarbeit**

11 a) Neumitgliederseminare

12 Wie in den letzten Jahren planen wir auch für dieses Jahr zwei Neumitgliederseminare in
13 Zusammenarbeit mit den Jusos München. Bei höherem Bedarf sollen zusätzliche Seminare
14 ermöglicht werden.

15 b) Verbandsschule

16 Ebenfalls in Zusammenarbeit mit den Jusos München soll in diesem Jahr eine gemeinsame,
17 umfangreiche Bildungsreihe angeboten werden. Geplant sind inhaltliche, wie auch
18 organisatorische Einheiten.

19 c) Presseseminar

20 Zur Unterstützung der Unterbezirke wollen wir ein Seminar organisieren, welches die
21 Pressearbeit in den Fokus nimmt. Hier soll erklärt werden, worauf es bei der Erstellung von
22 Pressemitteilungen ankommt und wie es die Untergliederungen am besten schaffen in den
23 Medien Erwähnung zu finden.

24 **Wahlen**

25 a) Bundestagswahl 2017

26 Bei der bevorstehenden Bundestagswahl kämpfen wir für eine rot-rot-grüne Mehrheit. Besonders

1 wollen wir unsere oberbayerischen Juso-Kandidat*innen dabei im Wahlkampf unterstützen.

2 b) Bezirks- und Landtagswahl 2018

3 Auch die Bezirks- und Landtagswahl wirft bereits ihre Schatten voraus. Als Jusos werden wir uns
4 in die Programmdiskussion einmischen und für ein linkes Programm der BayernSPD streiten.
5 Eine große Koalition in Bayern stellt für uns keine Option dar. Ebenfalls wollen wir viele Jusos
6 ermutigen selbst für diese beiden Parlamente zu kandidieren. Im Juso-Landesverband wollen wir
7 uns für eine gute Jugendkampagne einsetzen.

8 **Die SPD strukturell und personell erneuern**

9 a)Landesebene

10 Nachdem die BayernSPD im Mai eine*n neue*n Landesvorsitzende*n wählen wird, wollen auch
11 wir uns als Jusos Oberbayern an dem damit verbundenen Erneuerungsprozess beteiligen. Die
12 Mitgliederbeteiligung im Rahmen der Neuwahl des Landesvorsitzes begrüßen wir, mit der
13 Neuwahl des Vorsitzes ist ein Neuanfang der BayernSPD allerdings nicht getan. Es sind auch
14 weitere personelle und strukturelle Veränderungen in der bayerischen SPD notwendig. Wir
15 wollen uns hierbei auf Landesebene im besonderen für eine engere Zusammenarbeit mit
16 Gewerkschaften, Migrant*innenorganisationen, sowie mit Kultur-, Umwelt- und Sozialverbänden
17 starkmachen. Ebenso werden wir uns dafür einsetzen, dass Regionalproporz und
18 Senioritätsprinzip in Zukunft nicht die einzigen Kriterien bei Listenaufstellungen sind.

19 b)Bezirksebene

20 Auch im Bezirk steht im Mai ein ordentlicher Parteitag mit Neuwahlen an. Hier wollen wir uns
21 für eine linke Ausrichtung der OberbayernSPD einsetzen. Wir möchten die Bezirksebene der
22 SPD wieder zu einer hilfreichen Kraft machen, welche die Unterbezirke und Ortsvereine noch
23 stärker bei ihrer Arbeit unterstützt und mehr eigene inhaltliche Akzente setzt.

24 **Inhaltliche Schwerpunkte**

25 a) Antifaschismus

26 Die antifaschistische Arbeit soll auch im kommenden Jahr einen Schwerpunkt unserer Arbeit

1 darstellen. Hierbei wollen wir alle Juso-Unterbezirke dazu ermutigen sich in Bündnisse vor Ort
2 einzubringen und diese dabei unterstützen. Ebenso werden wir uns in das Bündnis „Aufstehen
3 gegen Rassismus“ in Oberbayern einbringen.

4 Auf Landesebene wollen wir uns als Bezirk aktiv in den neu geschaffenen “Arbeitskreis gegen
5 Rechts” der Jusos Bayern einbringen und so die Vernetzung und die Aktivitäten von Jusos in
6 ganz Bayern fördern.

7 Besonders wichtig ist uns auch die Gedenk- und Erinnerungsarbeit. Unser Ziel ist es, die
8 Teilnahme von Jusos an den bestehenden Aktivitäten, wie dem Gedenken in Dachau, zu
9 erhöhen. Ebenso werden wir gemeinsam mit dem Landesverband eine Gedenkstättenfahrt
10 organisieren.

11 b) Internationales

12 Die internationale Arbeit war uns Jungsozialist*innen schon immer sehr wichtig. Wir wollen wir
13 unsere Mitglieder dazu ermutigen an Aktivitäten unserer europäischen und internationalen
14 Dachverbände teilzunehmen und zum Beispiel im Sommer wieder mit möglichst vielen
15 Genoss*innen aus Oberbayern zum IUSY-Festival nach Italien zu fahren.

16 Besonders wichtig ist uns auch der im letzten Jahr begonnene Austausch mit den Genoss*innen
17 aus der Region Zagreb. Nachdem wir im letzten August mit einer Delegation in Kroatien waren,
18 freuen wir uns diesen Sommer eine Delegation des Jugendforums der Sozialdemokratischen
19 Partei Kroatiens in Oberbayern begrüßen zu dürfen. Wir wollen sie mit einem
20 abwechslungsreichen Programm und vielen Austauschmöglichkeiten begrüßen.

21 Ebenso werden wir die Zusammenarbeit mit den Jusos Salzburg weiterführen, indem wir diese
22 zu unseren Veranstaltungen einladen und auch wieder eine gemeinsame Gesprächsrunde
23 organisieren wollen.

24 c) Gleichstellung

25 Gleichstellung bleibt eines der wichtigsten Themen in unserer Gesellschaft, wie auch in unserem
26 Verband. Unser Ziel in diesem Jahr muss es sein, mehr aktive Frauen* zu generieren. Hierzu soll
27 es regelmäßige Vernetzungstreffen der Genossinnen und der*dem Gleichstellungsbeauftragten
28 im Bezirk geben. Dies dient nicht nur dem Austausch, hier sollen Genossinnen auch ermutigt

1 werden in ihren Unterbezirken wichtige Rollen zu übernehmen und/oder auf Unterbezirksebene
2 Gleichstellungsbeauftragte zu wählen. Auf allen Veranstaltungen der Jusos Oberbayern soll es
3 "Frauentreffen" geben, wie es bereits bei den Jusos Bayern üblich ist. Dies soll ebenfalls zum
4 Austausch über wichtige Themen und Problemen dienen, mit denen sich der*die
5 Gleichstellungsbeauftragte beschäftigen wird. Auf dem Verbandscamp wird dies in einer
6 ausgedehnteren Form stattfinden, zeitgleich wird es ein Reflexionstreffen der männlichen
7 Genossen geben. Den Abschluss bildet, wie jedes Jahr, die Gleichstellungskonferenz. Mögliche
8 Themen sollen u.a. auf den Vernetzungstreffen erarbeitet werden.

9 d) Gleichwertige Lebensverhältnisse

10 Wie bereits im letzten Jahr wollen wir uns weiterhin mit der Strukturentwicklung in Oberbayern
11 und der Umsetzung gleichwertiger Lebensverhältnisse auseinandersetzen. Für junge Menschen
12 entscheidend sind dabei u. a. die Themen Wohnraum und Mobilität, mit denen wir uns deshalb
13 näher beschäftigen wollen. Insbesondere wollen wir Konzepte zu jungem Wohnen und Azubi-
14 Wohnheimen vorantreiben und uns bei der bestehenden Initiative zum Azubi-Ticket einbringen.

15 e) Bildung

16 Wir Jusos stehen für eine kostenlose Bildung die allen die selben Ausgangsvoraussetzungen
17 garantiert und alle Menschen individuell nach ihren Bedürfnissen fördert. Durch die
18 bevorstehende Landtagswahl wollen wir uns wieder verstärkt mit dem Thema beschäftigen.
19 Hierbei streben wir die Zusammenarbeit mit den Juso-Hochschulgruppen und der Juso-
20 Schüler*innen und Auszubildendengruppe an.

21 f) Migration

22 Das Thema Migration ist uns als internationalistischer Verband besonders wichtig. Wir stehen
23 klar für ein globales Recht auf Migration. Ein Einwanderungsgesetz nach rein wirtschaftlichen
24 Aspekten lehnen wir ab. Das Grundrecht auf Asyl muss ein Grundrecht ohne Ausnahmen sein,
25 daher fordern wir auch die Abschaffung des Prinzips der sicheren Herkunftsstaaten. Wir wollen
26 uns innerhalb der SPD für diese Positionen stark machen und auch Mehrheiten dafür erstreiten.
27 In den nächsten Monaten werden wir uns als Verband noch stärker gegen die Abschiebungen

1 nach Afghanistan engagieren.

2 g) Soziale Gerechtigkeit

3 Die Schere zwischen Arm und reich wird immer größer und auch die Sozialdemokratie hat in
4 den letzten Jahren nicht den Mut für eine Umverteilung von oben nach unten gefunden.
5 Besonders in der Auseinandersetzung um das Wahlprogramm für die Bundestagswahl wollen
6 wir uns u.a. für eine Reichensteuer auf Vermögen und Einkünfte, sowie eine angemessene
7 Erbschaftssteuer engagieren. Das Thema "Soziale Gerechtigkeit" soll auch einen Schwerpunkt
8 auf dem Verbandscamp sein.

9 **Demonstrationen/Kundgebungen**

10 Für unsere Überzeugungen treten wir Jusos nicht nur innerhalb der SPD sondern auch auf der
11 Straße ein. Politik gehört für uns nicht nur in Gremien sondern auch auf die Straße. Besonders
12 der Kampf gegen Rechts und für Demokratie kann nicht durch Gremienarbeit alleine gewonnen
13 werden, sondern braucht das stetige Handeln der Zivilgesellschaft. Überall dort, wo rechte
14 Hetzer*innen auftreten, werden wir für Weltoffenheit und Toleranz eintreten. Ebenso wollen wir
15 uns wieder an der Organisation von Demonstrationen beteiligen um weiteren Inhalten Gehör zu
16 verschaffen.

17 **Bündnisarbeit**

18 a) Gewerkschaften

19 Als Organisation der Arbeiter*innenbewegung ist uns Jungsozialist*innen die Zusammenarbeit
20 mit dem DGB und den DGB-Gewerkschaften wichtig. Wir wollen alle Möglichkeiten nutzen die
21 Gewerkschaften in unsere Diskussionen und Veranstaltungen einzubeziehen. Die regelmäßigen
22 Grußworte bei unseren Bezirkskonferenzen sollen weitergeführt werden.

23 b) Jugendverbände

24 Eine weitere zentrale Rolle soll auch der Austausch mit Jugendverbänden spielen. So wollen wir
25 die bestehende Zusammenarbeit fortführen und neue Kooperationen initiieren. Die
26 Zusammenarbeit mit dem Bezirksjugendring und den progressiven religiösen Jugendverbänden

1 wollen wir im kommenden Jahr verbessern.

2 c) Sozial- und Umweltverbände

3 Sozial- und Umweltverbände sind seit langem enge Partner*innen der Sozialdemokratie.
4 Natürlich sind die Organisationen, die aus der Arbeiter*innenbewegung kommen unsere ersten
5 Ansprechpartner*innen. So sind im Sozialbereich besonders die Arbeiterwohlfahrt und im
6 Umweltbereich die Naturfreunde Verbände, die wir in unsere Arbeit einbeziehen wollen.

7 d) Geflüchteten- und Migrant*inneninitiativen

8 Die Zusammenarbeit mit Initiativen, die mit und für Geflüchtete und Migrant*innen aktiv sind, ist
9 in der aktuellen Situation sehr wichtig. So wollen wir die Zusammenarbeit mit Heimaten e.V.,
10 Helferkreisen und ähnlichen Initiativen intensivieren. Ebenso wollen wir unser Engagement im
11 "Jungen Bündnis für Geflüchtete" wieder verstärken.

12 e) Andere Arbeitsgemeinschaften

13 Die Zusammenarbeit mit den anderen Arbeitsgemeinschaften innerhalb der SPD werden wir
14 fortführen. Dabei soll die Zusammenarbeit mit der AsF, der AfA und der SPDqueer im
15 Mittelpunkt stehen.

16 **Materialien**

17 Bisher existieren von den Jusos Oberbayern kaum Materialien. Unser Ziel ist die Ergänzung der
18 vorhandenen Materialien von Bundes-, Landes- und Unterbezirksebene. Ein besonderer
19 Schwerpunkt soll auf die Überarbeitung der Selbstdarstellungsbroschüre aus dem Jahr 2011
20 gelegt werden.

21 **Veranstaltungen und Aktionen**

22 a) Verbandscamp

23 Das im letzten Jahr durchgeführte Verbandscamp soll auch 2017 wieder stattfinden. Der
24 Zeltplatz in Thalhausen bei Freising ist vom 11. bis zum 15. August reserviert. Neben einem
25 breiten Angebot mit Podiumsdiskussionen und Workshops soll auch wieder die Möglichkeit zur

1 Vernetzung und zu gemeinsamen Freizeitaktivitäten gegeben sein.

2 b) Gleichstellungskonferenz

3 Die in den letzten beiden Jahren stattgefundene Gleichstellungskonferenz soll auch dieses Jahr
4 stattfinden. Hierbei ist es uns besonders wichtig Bündnispartner*innen einzubeziehen.

5 c) Jahresabschlussfeier

6 Ebenfalls ist wieder eine Jahresabschlussfeier geplant, die auch zur Vernetzung der Unterbezirke
7 beitragen soll.

8 d) Bierzelt-Tour

9 Verschiedene Juso-Gruppierungen in Oberbayern laden jetzt schon jährlich zu den Volksfesten
10 bei ihnen vor Ort ein. Wir wollen diese Termine zusammenführen, sodass Jusos aus ganz
11 Oberbayern die Möglichkeit haben sich dabei kennenzulernen und auszutauschen. Wo es
12 möglich ist, wird das ganze auch mit inhaltlichen Aktionen, wie zum Beispiel
13 Besichtigungsterminen, ergänzt. Das Ziel ist die Beteiligung von möglichst vielen Unterbezirken.

14 e) Bergauf gegen Rechts

15 Im vergangenen Herbst hat die rechtsradikale „Identitäre Bewegung“ den Gipfel des
16 Schafreuters für ihre menschenverachtende Hetze missbraucht. Wir wollen die Berge nicht den
17 Rechten überlassen und daher entstand die Idee bei einer Bergwanderung Freizeit und
18 Aufklärung über rechte Hetze zu verbinden. Dies wollen wir diesen Frühsommer gemeinsam mit
19 nahestehenden Organisationen unter dem Motto „Bergauf gegen Rechts“ umsetzen.

20 **Geschichte erforschen**

21 Entstanden aus den Jusos Südbayern gibt es die Jusos Oberbayern nun seit mehreren
22 Jahrzehnten als progressive Kraft im Bezirk Oberbayern. Allerdings gibt es über die Geschichte
23 der Jusos Oberbayern bisher sehr wenige Informationen. Im kommenden Jahr wollen wir
24 Informationen aus der Vergangenheit zusammentragen und so aufbereiten, dass sie für alle
25 Mitglieder zugänglich sind.

1 **Ausblick**

2 Im nächsten Jahr liegt viel Arbeit vor uns. Trotz Bundestagswahl, darf die kontinuierliche
3 inhaltliche Arbeit nicht leiden. Wir werden Mitglieder schulen und vernetzen, wollen neue Ideen
4 entwickeln und möglichst viele Menschen von unseren Vorstellungen überzeugen. Wir werden
5 den Weg der Strukturentwicklung weitergehen und wollen endlich wieder in allen Landkreisen in
6 Oberbayern mit aktiven Juso-Gliederungen vertreten sein. Wir werden gemeinsam mit anderen
7 gesellschaftlichen Gruppen für eine offene und gerechte Gesellschaft kämpfen. Es braucht uns
8 um die SPD links auszurichten und für eine fortschrittliche Politik im Land und im Bund zu
9 sorgen.

10 Diese ambitionierten Zielsetzungen können wir nur mit vereinten Kräften erreichen. Dafür
11 braucht es alle Talente und den Einsatz von allen rund 2000 Jusos in Oberbayern.

B02

Keine Ungleichheit zwischen Stadt und Land – Strukturentwicklung in (Ober)Bayern

Antragsteller*innen Vorstand Jusos Oberbayern

Adressat*innen Juso-Landeskonferenz, SPD-
Bezirksparteitag

1 I. Grundlagen der Landesentwicklung

2 Räumliche Entwicklungslinien

3 Die räumliche Entwicklung Deutschlands ist in den vergangenen Jahren von immer weiter
4 zunehmenden Disparitäten geprägt. Auf der einen Seite stehen Räume, insbesondere die
5 großen Ballungsräume und ihr Umland, die starken Zuzug und kontinuierliches Wachstum
6 bewältigen müssen, auf der anderen ganze Landstriche, die mit Bevölkerungsschwund,
7 Abwanderung und Überalterung zu kämpfen haben. Beide Entwicklungen stellen die
8 betroffenen Regionen vor große Herausforderungen.

9 Die Verdichtungsräume müssen unter dem Eindruck des starken, oft arbeits- oder
10 ausbildungsbezogenen und finanzkräftigen Zuzugs sich gegen negative Konsequenzen von
11 Verdrängungstendenzen bis hin zu residentieller Segregation wehren und ihre unter dem Druck
12 der neuen BewohnerInnen oftmals überlastete Infrastruktur teuer weiterentwickeln.

13 Auf der anderen Seite stehen die Regionen mit Abwanderungsdynamik, die mit Verfall und
14 Leerstand zu kämpfen haben und damit, ihre an alte Bedarfe angepasste Infrastruktur überhaupt
15 zu erhalten oder bedarfsgerecht zurückzubauen. Mit dem Verschwinden des Dorfladens, der
16 Schule oder dem Zughalt veröden ganze Sozialräume und die Dynamik der Abwanderung
17 wächst weiter.

1 Segregation und Verdrängung im Verdichtungsraum oder Deinfrastrukturalisierung und Zerfall
2 von Gemeinschaft im Abwanderungsraum – beide Entwicklungen bedrohen den Grundsatz der
3 Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und damit den gleichen Zugang zu gesellschaftlicher
4 Teilhabe.

5 **Der Wert der Gleichwertigkeit**

6 Seit 1975 ist die Gleichwertigkeit als grundlegendes Ziel der Regionalplanung im
7 Raumordnungsgesetz verankert, erst 2013 stimmten in Bayern die BürgerInnen für die
8 Aufnahme des Grundsatzes in die Bayerische Verfassung. Doch die Debatte der vergangenen
9 zwei Jahrzehnte hat diesen Grundsatz in Politik und Rechtsprechung immer weiter relativiert. Die
10 Notwendigkeit eines aktiven, intervenierenden und ausgleichenden Staates für die Schaffung
11 von Gleichwertigkeit passte nicht mehr zu einem von neoliberalen Vorstellungen von
12 Deregulierung und „Entbürokratisierung“ geprägten Staatsverständnis.

13 Unserer Auffassung zufolge ist die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse als Möglichkeit des
14 gleichen Zugangs und der Teilhabe an gesellschaftlichem Leben elementare Voraussetzung für
15 das Funktionieren einer gerechten und solidarischen Gemeinschaft, in der Freiheitsrechte erst
16 tatsächlich realisierbar werden.

17 Für Lefebvre ist es der Zugang zu urbanen Qualitäten – nicht nur in der Stadt –, der das
18 Zusammentreffen, die Begegnung von unterschiedlichen Lebensverhältnissen und Bedürfnissen,
19 die Gleichzeitigkeit von Ungleichzeitigkeiten, die Möglichkeit der Differenz und des Abweichens
20 von tradierten Normen erst ermöglicht und Impuls und Raum schafft für Innovation und
21 Veränderung. Der Zugang zu diesen übergreifenden Qualitäten ist ein emanzipatorisches
22 Bedürfnis und universales Recht – das „Recht auf Urbanität“ –, das für alle gelten muss,
23 unabhängig von ihrem Wohnort.

24 Gleichwertige Lebensverhältnisse heißt nicht Angleichen, sondern prägende Charakteristiken
25 stärken und entwickeln. Unterschiedliche Lebensentwürfe bedingen unterschiedliche Qualitäten,
26 das ist eine Chance für die räumliche Entwicklung der Region. Es geht uns nicht darum,
27 verschiedene Lebensentwürfe zu bewerten, sondern unterschiedlicher Nachfrage auch
28 unterschiedliche Angebote gegenüberzustellen. Im Idealfall geht damit eine möglichst
29 selbstbestimmte Wahl des Lebensraumes einher, die nicht durch Einkommen, den Bedarf

1 spezieller Versorgungseinrichtungen der Daseinsvorsorge, wie Ärzten, oder sonstige äußere
2 Rahmenbedingungen bestimmt ist.

3 **Planungsgrundsätze und Landesplanung**

4 Nur Monate bevor die BürgerInnen in Bayern den Erhalt der Gleichwertigkeit der
5 Lebensverhältnisse zum Staatsziel mit Verfassungsrang erhoben, beschloss der Landtag gegen
6 die Stimmen der Opposition die Neufassung der Landesplanung und ein
7 Landesentwicklungsprogramm, das auf den Grundsätzen eines neoliberalen
8 Staatsverständnisses fußt.

9 Insgesamt streben wir eine möglichst polyzentrale Entwicklung an. Der Grundgedanke des auch
10 im aktuellen Landesentwicklungsplan festgehaltenen Zentrale-Orte-Konzeptes ist durchaus gut.
11 Über Zentren und Unterzentren wird die Versorgung der Bevölkerung sichergestellt und
12 gleichzeitig die Notwendigkeit langer Wege und damit Verkehr reduziert.

13 Allerdings muss das aktuelle Konzept zentraler Orte überdacht werden, denn die Kategorien
14 scheinen derzeit nicht an klaren Kriterien festgemacht zu sein. Seit der letzten Erweiterung
15 scheint es eher, als seien die Gebietskategorien so festgelegt worden, dass die Versorgung
16 zumindest auf dem Papier möglichst gut aussieht. Bei der Überarbeitung des Konzeptes ist der
17 Landesplanungsbeirat deutlich stärker als bisher miteinzubeziehen.

18 Bayern hat bundesweit mit den höchsten täglichen Flächenverbrauch: Flächen in der Größe von
19 25 Fußballfeldern werden in Bayern täglich verbaut. Dieser Flächenfraß ist nicht nur aus
20 ökologischer Sicht höchst bedenklich. Diese dispersionshafte Ausbreitung in die Fläche führt
21 auch dazu, dass Agglomerationseffekte ausbleiben und Erschließungskosten steigen. Es
22 dominiert der motorisierte Individualverkehr, eine Erschließung mit öffentlichen Verkehrsmitteln
23 lohnt sich nicht. Dieser Entwicklung müssen wir etwas entgegensetzen. Daher muss als
24 Grundsatz gelten, Innenentwicklung durch Nachverdichtung und Strukturverbesserung vor
25 Außenentwicklung durch Gebietsausweisungen zu setzen.

26 Den immer wiederkehrenden Versuchen der bayerischen Staatsregierung, die Ausweisung von
27 Gewerbegebieten im Außenbereich zu erleichtern, erteilen wir daher eine entschiedene Absage.

1 Die Lockerungen des Anbindegebotes müssen zurückgenommen und die Ausnahmen reduziert
2 werden. Grundsätzlich sollte bei der Gewerbeflächenausweisung auch die Erschließung mit
3 öffentlichen Verkehrsmitteln mitberücksichtigt werden. Wer Gewerbegebiete entlang der
4 Autobahnen ausweist, darf sich nicht wundern, wenn der motorisierte Individualverkehr
5 zunimmt, schließlich müssen nicht nur KundInnen, sondern auch Beschäftigte die Standorte
6 erreichen.

7 Das gilt insbesondere für Einzelhandel, denn dieser induziert nicht nur viel Verkehr, er trägt auch
8 maßgeblich zur Lebensqualität in den Kommunen bei. Eine zunehmende Abwanderung
9 zugunsten der Randlagen der Kommunen steht einer qualitätsvollen Innenentwicklung mit
10 Begegnungspunkten in den Kommunen diametral entgegen. Wir wollen diese Innenentwicklung
11 nicht verhindert, sondern aktiv gefördert wissen.

12 Derzeit weisen viele Kommunen Flächen aus, um zusätzliche Einnahmen zu generieren. Das gilt
13 insbesondere durch das Ausweisen von Gewerbeflächen zur Erhöhung der
14 Gewerbesteuererinnahmen, in kleinem Maßstab gilt das aber auch für die Ausweisung von
15 Wohnbauland, da die Gemeinden hier einen Teil der Einkommenssteuer erhalten.

16 Ziel einer nachhaltigen Regionalentwicklung muss es sein, ausgeglichene und gemeinsame
17 Entwicklungsperspektiven zu schaffen, ohne den Wettbewerb unter den Kommunen zu befeuern.
18 Dafür müssen Konzepte gefunden werden, wie Kommunen sich zu Kommunalverbänden
19 zusammenschließen können, um so eine funktional abgestimmte Entwicklung zu forcieren und
20 Einnahmen bzw. Lasten zu teilen. Regionale Planungsbezüge müssen entsprechend der realen
21 Verflechtungsräume weiterentwickelt und zu Trägern einer verbindlichen, abgestimmten
22 Regionalplanung werden.

23 **Gleichwertigkeit und kommunale Finanzausstattung**

24 Um Infrastruktur und kommunale Dienstleistungen aufrecht zu erhalten oder auszubauen
25 brauchen die Gemeinden eine solide und verlässliche kommunale Finanzausstattung. Während
26 sich die kommunalen Haushalte in den vergangenen Jahren wachsenden Aufgaben
27 gegenübersehen und notgedrungen oftmals weitere freiwillige Aufgaben übernehmen mussten,
28 blieben die verfügbaren Mittel oftmals weit hinter dem realen Bedarf zurück. Daher fordern wir
29 die Verbesserung und Verstetigung der kommunalen Finanzausstattung.

1 *Gewerbsteuer*

2 Wir fordern die Rückkehr zur Dreigliedrigkeit der Gewerbsteuer, die als wichtigste kommunale
3 Steuer durch ihre einseitige Fixierung auf die Gewerbeertragsbesteuerung zu einer hoch
4 volatilen und konjunkturabhängigen Einkommensquelle wurde. Daher muss die Gewerbsteuer
5 durch die Wiedereinführung der Gewerbekapitalbesteuerung sowie der Berücksichtigung der
6 Lohnsumme wieder zu einer echten kommunalen Wertschöpfungssteuer gemacht werden.
7 Unterbietungswettbewerbe wollen wir durch die Einführung eines gemeinsamen regionalen
8 Korridors für die Gewerbesteuerhebesätze unterbinden.

9 *Umsatzsteuer und Einkommensteueranteil*

10 Der Einkommenssteueranteil der Gemeinden muss ausgeweitet werden, um sie so
11 unabhängiger von der unmittelbaren Lage des lokalen Gewerbes zu machen. In die Verteilung
12 des Umsatzsteueranteils im Rahmen des Länderfinanzausgleichs muss die Finanzkraft der
13 Kommunen stärker als bisher einbezogen werden aber auch gewährleistet sein, dass eine
14 Verteilung der Mittel nach Bedarf erfolgt. Die Neuregelung des Länderfinanzausgleichs muss
15 sicherstellen, dass die benötigten Mittel auch bei den Kommunen ankommen und nicht einfach
16 Landesmittel durch Bundeszuweisungen ersetzt werden.

17 *Flächennutzungsbezug der Grundsteuer*

18 Die Grundsteuer soll zu einer echten flächennutzungsbezogenen Grundabgabe weiterentwickelt
19 werden. Dazu fordern wir die Abschaffung der direkten Umlagemöglichkeit auf die Mieten,
20 sowie die Differenzierbarkeit der Grundsteuerhebesätze nach den Nutzungskategorien der
21 Baunutzungsverordnung innerhalb eines regionalen Korridors. In die Grundsteuer soll die reale
22 Flächennutzung einfließen und Bodenspekulation zu begrenzen. Deshalb fordern wir die
23 Wiedereinführung der Grundsteuer C auf spekulationsbedingte innerörtliche Brachflächen oder
24 ungenutzte Grundstücke.

25 *Kommunale Wohnungsbau- und Infrastrukturabgabe*

26 Die Einführung einer kommunalen Infrastruktur- bzw. Wohnungsbauabgabe im Rahmen einer
27 progressiven Besteuerung von Wohneigentum unter Berücksichtigung der Bestimmungen des
28 bayerischen Kommunalabgabengesetzes (§ 3 Abs. 3 S. 2ff. KAGby) und eines
29 Infrastrukturbeitrages zur Deckung des Investitionsaufwands der Gemeinden für die
30 ortsansässigen Unternehmen soll geprüft werden. Das Steueraufkommen soll zweckgebunden
31 für die Schaffung von bezahlbarem, sozialgefördertem Wohnraum bzw. Ausbau und

1 Ertüchtigung der Infrastruktur eingesetzt werden.

2 *Gemeinschaftsaufgabe regionale Daseinsvorsorge als Bund-Länder-Aufgabe*

3 Die Bereitstellung und strategische Weiterentwicklung öffentlicher Daseinsvorsorge und
4 Infrastruktur sowie die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist von zentraler Bedeutung für
5 die Möglichkeit der Teilhabe und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Daher müssen Bund
6 und Länder sich dieser Aufgabe als Gemeinschaftsaufgabe annehmen und besondere Bedarfe
7 im Hinblick auf die Aufrechterhaltung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse durch
8 Bereitstellung finanzieller Mittel für die Kommunen ermöglichen. Wir fordern eine zügige
9 Überarbeitung, Aufstockung und Nachfolgeregelung für das
10 Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, welches auch Erhaltungsinvestitionen berücksichtigt.

11 II. Herausforderungen in Verdichtungsräumen

12 **Bezahlbarer Wohnraum**

13 Ein bezahlbares und bewohnbares Dach über dem Kopf zu haben ist für uns ein Grundrecht.
14 Gerade jedoch in Großstädten und Verdichtungsräumen wie München wird dieses immer
15 stärker zur Mangelware. Wohnraum in den Innenstädten wird zum Luxusgut und die dortigen
16 Immobilien werden teilweise nur noch als Spekulationsware gebraucht. Viele Menschen, die sich
17 die überteuerten Mieten in den Innenstädten nicht mehr leisten können, ziehen immer weiter
18 aufs Land und sind gezwungen, lange Pendelwege zu ihrem Arbeits- oder Ausbildungsplatz in
19 Kauf zu nehmen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der sich jede*r seinen Wohnort frei von
20 materiellen Zwängen aussuchen kann. Der Wohnort darf nicht vom Vermögen abhängen.
21 Um dies zu erreichen, muss der Wohnraum gerade in den Großstädten wieder bezahlbar
22 werden. Hierzu gibt es einige Instrumente, die in der Vergangenheit bereits eingesetzt wurden.

23 *Mietpreisbremse*

24 Die Einführung der Mietpreisbremse war als politisches Signal ein Meilenstein, dessen konkrete
25 Implementierung stark zu wünschen übrig lässt. Die Beweislast einseitig den Mieter*innen
26 zuzuweisen hat sich aufgrund nachvollziehbarer Abhängigkeiten gegenüber den
27 Vermieter*innen als praktisch wenig taugliches Modell erwiesen. Wir schließen uns daher den
28 Forderungen der meisten Mieter*innenvereine an, wonach Vermieter*innen verpflichtet werden
29 sollen, vor Vertragsabschluss die zuvor erhobene Miete unaufgefordert zu benennen. Auch

1 etwaige Modernisierungskosten sind verpflichtend und detailliert anzugeben. Gegebenenfalls zu
2 viel gezahlte Miete muss, nebst einem Bußgeld, rückwirkend zurückgezahlt werden. Mittelfristig
3 muss die Mietpreislöscher bundesweit flächendeckend eingeführt werden und die bestehenden
4 Ausnahmeregelungen beispielsweise für Erstvermietungen zurückgenommen werden. Mieten,
5 die die Vergleichsmieten um mehr als 20% übersteigen, sind dabei grundsätzlich als
6 Ordnungswidrigkeit zu ahnden. Dabei müssen Möglichkeiten für Kleinvermieter*innen
7 geschaffen werden, diese Regelungen mit einem möglichst geringen Aufwand umzusetzen.

8 *Mietspiegel weiterentwickeln*

9 Das Instrument des Mietspiegels muss geschärft und zu einem realistischen Indikator realer
10 ortsüblicher Mieten weiterentwickelt werden. Da bisher in den Mietspiegel nur die
11 Neuvermietungen der letzten vier Jahre einbezogen werden, liegt dieser bisher häufig über den
12 realen Bestandsmieten im Quartier und kann zu Preissteigerungen beitragen, anstatt sie
13 wirksam zu begrenzen. Erst wenn der Mietspiegel eine realistische Größe in Bezug auf die
14 tatsächliche ortsübliche Miete darstellt, können Instrumente wie die Mietpreislöscher wirklich
15 greifen. Daher fordern wir die Einbeziehung von Bestandsmieten in die Berechnung des
16 Mietspiegels, sowie die Ausweitung des Berechnungszeitraums auf zehn Jahre.

17 *Erhaltungssatzung und kommunale Vorkaufsrechte konsequent anwenden!*

18 Um bezahlbaren Wohnraum zu erhalten, sollen Erhaltungssatzungsgebiete nach §172 BauGB
19 verstärkt zum Einsatz kommen. In den Erhaltungssatzungsgebieten kann die Stadt
20 Luxussanierungen und – sofern durch das Bundesland freigeschaltet – Umwandlung von Miet-
21 in Eigentumswohnungen verhindern, sowie bei allen Verkäufen von Miethäusern ein
22 kommunales Vorkaufsrecht ausüben. Kommunale Vorkaufsrechte sollen gezielt zugunsten
23 kommunaler Wohnungsbaugesellschaften genutzt werden.

24 Wir fordern die baurechtliche Stärkung der Milieuschutzsatzungen nach § 172 BauGB und die
25 Erleichterung ihres Einsatzes bei angespannter Wohnungsmarktsituation, der Verbesserung der
26 Durchsetzungsmöglichkeiten von Umwandlungsvorbehalten und die explizite rechtliche
27 Verankerung kommunaler Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften als Nutznießer
28 der „Ausübung des kommunalen Vorkaufsrechts zugunsten Dritter“ nach § 27a BauGB.

29 Mieter*innen sollen explizit bei der Übernahme der zum Verkauf Objekte im Rahmen der
30 Gründung einer Genossenschaft unterstützt werden. Dies soll durch die Ausübung des

1 kommunalen Vorkaufsrechts zu ihren Gunsten, durch die Bereitstellung von zinsgünstigen oder
2 zinslosen Darlehen, sowie durch organisatorische Beratung und Rechtshilfe aktiv gefördert
3 werden. Für die Genossenschaftsgründung soll in den vom Verkauf betroffenen Häuser aktiv
4 geworben werden.

5 Die Möglichkeit des Einsatzes eines preislimitierten Vorkaufsrechts im Rahmen von
6 städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen des besonderen Städtebaurechts muss erleichtert und
7 so den Gemeinden die Möglichkeit gegeben werden, auch über den bisherigen Milieuschutz
8 hinaus strategische Entwicklungsziele zu verfolgen.

9 *Zweckentfremdungsverbot*

10 Gemeinden haben die Möglichkeit auf Basis von Satzungen Zweckentfremdungen von
11 Wohnraum zu verbieten. Dies beruht seit der Föderalismusreform 2006 auf einem Landesgesetz
12 (ZwEWG). Wir fordern die Verschärfung der Sanktionsmechanismen und des Strafmaßes bei
13 Wohnraumzweckentfremdung.

14 Wird der Anordnung zur Wiederherstellung der Wohnnutzung nicht Folge geleistet, so soll
15 dieses durch die Gemeinde auf Kosten des Eigentümers vorgenommen werden und die
16 Wohnung zu sozialgebundenen Konditionen wiedervermietet werden. Bei Zweckentfremdung in
17 Form von Leerstand, Abbruch oder nutzungsfremder Bebauung soll nach wiederholter
18 Anordnung der Wiederherstellung der Wohnnutzung ohne Folgeleistung das Objekt bei
19 Entschädigung des Eigentümers in den Besitz der Gemeinde übergehen.

20 *Sozialgerechte Bodenordnung*

21 Die Abschöpfung von Planwertzuwächsen für die Schaffung sozialer Infrastruktur, sowie
22 bezahlbaren, sozial geförderten Wohnraums muss explizit als Einsatzmöglichkeit von
23 städtebaulichen Verträgen nach §11 BauGB verankert werden. Wir fordern, bei allen
24 Neubauprojekten auf angespannten Wohnungsmärkten eine feste Quote an sozialgefördertem
25 Wohnungsbau festzuschreiben.

26 Um auch in Gebieten mit vorrangiger Innenentwicklung und dominierender
27 Nachverdichtungstätigkeit den Erhalt einer sozialen Mischung und bezahlbaren Wohnraums
28 durchsetzen zu können, bedarf es auch einer baugesetzlichen Rechtsschärfung, die ein
29 kommunales Planungsbedürfnis bei der Bebauung in Gebieten mit bestehenden Baurechten

1 nach §34 BauGB auf Basis entstehender sozialer Spannungen begründbar macht und damit
2 erst den Einsatz städtebaulicher Verträge ermöglicht.

3 *Kommunaler Wohnungsbau*

4 So wirksam die oben genannten Maßnahmen auch kurzfristig sein könne, so muss klar sein,
5 dass sie die Probleme des Wohnungsmarktes niemals komplett lösen können und nur in der
6 Lage sind, bestehende Entmischungsprozesse zu dämpfen und zu verzögern. Langfristig muss
7 jedoch ein starker, öffentlich geförderter und im gesellschaftlichen Besitz befindlicher
8 Wohnungssektor ein wirkungsvolles Gegengewicht zu dem privaten, rein gewinnorientierten
9 Wohnungsmarkt schaffen und diesen langfristig zurückdrängen. Nur so lässt sich dauerhaft
10 bezahlbarer Wohnraum erhalten.

11 Dazu bedarf es einer massiven Wohnbauoffensive. Auch nach der Verbesserung der
12 kommunalen Finanzausstattung wie bereits gefordert wird diese Ausweitung der
13 Wohnbautätigkeit von den meisten Kommunen nicht eigenständig zu finanzieren sein. Daher
14 müssen von Landes- und Bundesebene zusätzliche Mittel bereitgestellt und Förderprogramme
15 zur Schaffung von sozial-gefördertem Wohnungsbau aufgelegt werden.

16 Des Weiteren fordern wir ein Privatisierungsverbot von öffentlichem Wohnraum. Lediglich die
17 Überführung von kommunalem Besitz in Wohngenossenschaften soll erlaubt sein. Außerdem
18 soll die Gründung von derartigen Genossenschaften explizit staatlich gefördert werden.
19 Denkbar wäre beispielsweise ein staatliches, zinsfreies Darlehen.

20 Wir fordern außerdem den Bau von Wohnraum für junge Menschen explizit zu fördern. Dabei
21 darf es sich jedoch nicht nur um Studierendenwohnheime handeln. Gerade Wohnraum für
22 Auszubildende und Schüler*innen, aber auch Berufseinsteiger*innen wird dringend benötigt.

23 Wichtig ist es dabei, immer die soziale Mischung im Auge zu behalten. So wollen wir langfristig
24 die Trennung von Azubi- und Studiwohnheimen aufheben und Wohnheime schaffen, in denen
25 alle in der Ausbildung befindlichen Menschen günstig wohnen können.

26 Außerdem fordern wir explizit die Förderung und den Ausbau von Mehrgenerationenhäusern.

27 *Betrieblicher Wohnungsbau*

28 In den vergangenen Jahrzehnten gab es beim Wohnungsbau nur noch geringes Engagement
29 seitens der Unternehmen. Hier gilt es, diese wieder in die Verantwortung zu nehmen, um
30 bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Dies kann neben dem Werkwohnungsbau auch im
31 Rahmen von Ankauf von Belegrechten an Wohnungen von kommunalen Wohnbauträgern

1 erfolgen. Des Weiteren gilt es auch, die Belegschaft zu motivieren und zu unterstützen,
2 betriebliche Wohnungsbaugenossenschaften zu gründen bzw. bestehende betrieblich
3 organisierte Wohnungsbaugenossenschaften in Bautätigkeiten / Expansion zu unterstützen.

4 *Wohnungsgemeinnützigkeit*

5 Die in den 1990er Jahren abgeschaffte Wohnungsgemeinnützigkeit soll in neuer, mit
6 europäischem Recht vereinbarer Form wieder eingeführt werden. So soll ein gemeinnütziger
7 Sektor auf dem Wohnungsmarkt gefördert werden, um dauerhaft bezahlbaren Wohnraum zu
8 schaffen. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften, Baugenossenschaften oder Bauvereine
9 sollen als gemeinnützige Wohnungsunternehmen anerkannt werden können und im Gegenzug
10 für eine dauerhafte Schaffung von bezahlbarem, sozialgebundenem Wohnraum für ihre
11 gemeinnützige Tätigkeit von Grunderwerbs-, Gewerbe- sowie Körperschaftssteuer befreit sein.
12 Entscheidend sollen dabei insbesondere die vertragliche Zusicherung von langfristigen
13 Bindungsdauern sein.

14 *Bodeneigentum*

15 Der Kern des Mangels an bezahlbarem Wohnraum liegt im Privatbesitz von Grund und Boden
16 und der Unterwerfung seiner Nutzung unter die Gesetze des Marktes. Um dies zu ändern muss
17 langfristig Grund und Boden in gesellschaftliches Eigentum umgewandelt werden. Ziel ist es
18 dabei, die Kommunen durch das direkte Zugriffsrecht auf Grundstücke in die Lage zu versetzen,
19 planerisch in den Immobilienmarkt eingreifen zu können und durch Regulierung von
20 Mietpreisen und sozialer Zusammensetzung von Stadtvierteln für gleichwertige, gute
21 Lebensverhältnisse in der gesamten Stadt zu sorgen.

22 Kommunale Grundstücke können dabei beispielsweise im Rahmen der Erbbaurechtvergabe für
23 einen begrenzten Zeitraum und zu klaren Vorgaben zur Bebauung verpachtet werden. Nach
24 Ablauf eines derartigen Pachtvertrages würde das Grundstück automatisch zurück in die Hände
25 der Kommune fallen und diese könnte neue Bedingungen für dessen erneute Verpachtung
26 festschreiben.

27 Um diesem Ziel näher zu kommen, müssen die bereits vorhandenen rechtlichen Instrumente von
28 den Kommunen ausgeschöpft werden, sowie weitere Mittel zur Überführung von privatem in
29 gesellschaftlichen Grund und Boden geschaffen werden. Mit diesem Thema möchten wir uns
30 angesichts der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt in nächster Zeit besonders intensiv
31 beschäftigen und konkrete Handlungsoptionen erarbeiten.

1 **Infrastruktur und Daseinsvorsorge**

2 Zugang zu Wärme, sauberem Wasser und Strom sind für uns Grundrechte.

3 Wir sehen es als integralen Bestandteil des Aufgabenbereichs der öffentlichen Hand, die
4 Bevölkerung im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge mit diesen Gütern zu versorgen.
5 Diese müssen für alle bezahlbar sein und wann immer möglich ökologisch nachhaltig
6 produziert werden.

7 Daher lehnen wir die Privatisierungen dieser Dienstleistungen ab und fordern, die in den
8 vergangenen Jahren durchgeführten Privatisierungen so weit wie möglich rückgängig zu
9 machen. Der Staat soll die Kommunen bei diesem Ziel unterstützen.

10 Wir sind des Weiteren der Überzeugung, dass auch der Zugang zu zeitgemäßen
11 Kommunikationsmitteln unabdingbarer Teil einer sicheren Existenz ist. Wir fordern deshalb, den
12 Zugang zu ausreichend schnellen Internetanschlüssen auf Basis zukunftssicherer Technologien
13 für alle sicherzustellen.

14 Die in diesem Bereich bisher erarbeiteten Ziele erachten wir als unzureichend und fordern, diese
15 nach oben zu korrigieren. Auch in den Verdichtungsräumen ist das aktuelle Ausbaustadium des
16 Glasfasernetzes bei weitem nicht vollständig.

17 Gerade Jugendliche brauchen auch kulturelle Freiräume. Deshalb fordern wir, den Zugang zu
18 kulturellen Gütern unabhängig vom Einkommen der Person oder des Elternhauses
19 sicherzustellen.

20 Dazu zählt, dass auch subkulturelle Veranstaltungen von der öffentlichen Hand stärker gefördert
21 werden. Dies kann insbesondere durch die Schaffung von Freiräumen, in denen sich Kultur
22 entwickeln kann, geschehen, aber auch durch direkte finanzielle Unterstützung und
23 unkomplizierter und kostengünstiger Überlassung von Flächen zur Zwischennutzung. Kulturelle
24 Zentren und Jugendtreffs müssen gerade auch in den späten Abendstunden und in der Nacht
25 durch eine Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr sowie eine Ausweitung des
26 Fahrplans in der Nacht (Stichwort Nachtbusse) für Interessierte zugänglich gemacht werden.

1 Kultur fördern heißt auch Nachwuchs fördern: Proberäume und Ateliers für junge Künstler*innen
2 müssen von den Kommunen gefördert und vor allem kostengünstig und zeitlich flexibel
3 angeboten werden. Dabei darf keine künstlerische Vorauswahl getroffen werden.

4 **Mobilität in Verdichtungsräumen**

5 Wir differenzieren zwischen Verkehr und Mobilität. Während wir Mobilität als Option für alle
6 ermöglichen wollen, wollen wir unnötige Wege und damit unnötigen Verkehr vermeiden.

7 Auch wenn viele Menschen in städtischen Gebieten den Großteil der meist kurzen Distanzen,
8 die sie zu bewältigen haben, per Fahrrad, zu Fuß, oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln
9 zurücklegen, ist die innerstädtische Verkehrsinfrastruktur zu großen Teilen auf das Auto
10 ausgelegt. Die Fokussierung auf das Auto schränkt außerdem den Ausbau von alternativen
11 Verkehrsmöglichkeiten anstelle des motorisierten Individualverkehrs (MIV) ein und schadet so
12 der Umwelt durch Luftverschmutzung und starkem Flächenverbrauch. Zusätzlich wird der
13 Mensch durch Lärm beeinträchtigt.

14 Abhilfe kann hier nur ein Ausbau alternativer Verkehrsmöglichkeiten und eine Forcierung der
15 Reduktion des MIV schaffen. Hierbei hat die erste Maßnahme einen direkten Einfluss auf die
16 zweite: Bessere, schnellere Verbindungen zu günstigen Preisen erhöhen die Attraktivität des
17 ÖPNVs und führen zur selteneren Nutzung des eigenen Autos. Um eine erfolgreiche Umsetzung
18 zu garantieren, gilt es aktiv dem bundesweiten vorherrschenden Personalmangel im Fahrdienst
19 zu begegnen, z. B. Durch tarifliche Verbesserungen und Qualifizierungsangebote. Zusätzlich
20 bedarf es einer Erhöhung der Konnektivität mit anderen alternativen Verkehrsmöglichkeiten.
21 Fahrpläne von Bussen und Bahnen sollen soweit wie möglich aufeinander abgestimmt sein, um
22 Wartezeiten für Fahrgäste gering zu halten. Informationen über Fahrmöglichkeiten müssen für
23 jeden leicht zugänglich und verständlich sein. Neben den auch bisher bereits genutzten Apps
24 zur Fahrplaninformation muss es auch für Menschen ohne digitale Informationsmedien die
25 Möglichkeit geben, sich zu informieren, zum Beispiel über einfach zu bedienende
26 Informationssysteme, die flächendeckend an Haltestellen installiert sind.

27 Weiterhin müssen die Möglichkeiten für Fußgänger und Radfahrer verbessert werden, die im
28 Straßenverkehr nur eine untergeordnete Rolle spielen. Verkehrsberuhigte Bereiche, Tempolimits
29 und ein flächendeckender Ausbau von Radwegen sind unersetzlich. Ebenso kann ein Ausbau

1 von Bike- und Carsharing-Angeboten zur Steigerung der Attraktivität dieser und zur
2 verminderten Nutzung des MIV führen. Für Menschen, deren Wohnraum nicht gut an den
3 ÖPNV angeschlossen ist, können Park&Ride-Parkplätze in der Nähe helfen, die Nutzung des
4 Autos einzuschränken.

5 Der Ausbau des ÖPNV darf nicht nur darauf abzielen, Menschen in der Stadt eine bessere
6 Erreichbarkeit innerstädtischer Ziele zu ermöglichen. Ebenso muss eine Anbindung an
7 umliegende ländliche Gebiete forciert werden, wobei dies sowohl im Interesse der Stadt als
8 auch der ländlichen Gemeinden liegt. Stadtbewohner*innen ist es durch eine bessere
9 Anbindung an das Umland möglich, dort Freizeitaktivitäten nachzugehen, die in der Stadt
10 aufgrund der engen Bebauung nicht möglich sind. Zudem kann man sich auf dem Land der
11 hohen Lärmbelastung in der Stadt schneller entziehen. Bewohner*innen von ländlicheren
12 Gebieten können leichter städtische Gebiete erreichen, um die dortige Infrastruktur –
13 Krankenhäuser, Fachärzte, Einkaufsmöglichkeiten – zu nutzen. Auch Arbeitsplätze innerhalb der
14 Stadt können besser mit dem ÖPNV erreicht werden.

15 **III. Herausforderungen in Abwanderungsräumen**

16 Die zweite Seite der Medaille einer ungleichen Landesentwicklung findet sich in den
17 Abwanderungsräumen, also Regionen, in denen es statt Bevölkerungswachstum eine
18 schrumpfende Bevölkerung gibt, was einhergeht mit spezifischen Herausforderungen auf dem
19 Arbeits- und Wohnungsmarkt, bei der Daseinsvorsorge und bei der Aufrechterhaltung von
20 Mobilitätsangeboten.

21 In diesen Regionen erleben wir einen Teufelskreis: Dort herrschen im Vergleich zu anderen
22 Regionen relativ schlechtere Lebensumstände, sei es beim Angebot von Arbeitsplätzen oder
23 sozialen Einrichtungen, bei Freizeitmöglichkeiten oder der Erreichbarkeit von Geschäften, Ärzten
24 und Schulen. Mit der Aussicht auf bessere Verhältnisse in den oben beschriebenen
25 Verdichtungsräumen wandern viele, gerade jüngere Menschen aus diesen Gebieten ab. Dies
26 führt natürlich dazu, dass dort gute Arbeitnehmer*innen verloren gehen, dass der Handel
27 schlechtere Geschäfte macht, weil weniger Menschen dort einkaufen, dass Kommunen ihren
28 Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge schlechter nachkommen können, weil ihnen die
29 Einnahmen aus Gewerbesteuer und Einkommenssteueranteilen fehlen. Dadurch nehmen die
30 Unterschiede zwischen Verdichtungs- und Abwanderungsräumen aber weiter zu, sodass noch

1 größere Abwanderungsbewegungen zu noch schlechteren Verhältnissen führen. Dieser
2 Teufelskreis lässt sich nur durchbrechen durch vorausschauende Entwicklungspolitik, die ihr
3 Augenmerk nicht nur auf die boomenden Gebiete legt.

4 **Essentiell in schwachen Regionen: Arbeit**

5 Essentieller Faktor für die oben beschriebenen Abwanderungsbewegungen ist das Angebot an
6 guten Arbeitsplätzen vor Ort: Ein entscheidender Vorteil boomender Regionen ist das
7 Vorhandensein relativ vieler, im Vergleich besser bezahlter Arbeitsplätze – fehlen also attraktive
8 Möglichkeiten für Arbeitnehmer*innen in schwächeren Regionen, besteht ein starker Anreiz, in
9 Verdichtungsräume abzuwandern.

10 Gleichzeitig bieten Verdichtungsräume für Arbeitgeber*innen ein gutes Umfeld für
11 Arbeitnehmer*innen und Vorteile durch die hohe Dichte von und dadurch geringe Entfernungen
12 zu anderen Unternehmen. Ansiedlungen in strukturschwächeren Regionen müssen deshalb von
13 der Politik explizit forciert und unterstützt werden. Dies ist nur durch eine überregionale
14 landesweite Planung möglich: Die Ansiedlung von Großbetrieben muss auf Landesebene
15 individuell durch Infrastrukturmaßnahmen begleitet werden, um Anreize zur Auswahl von
16 Standorten in Abwanderungsregionen bieten zu können. Außerdem muss die Ausweisung von
17 Gewerbeflächen landesweit koordiniert werden, mit der Zielvorgabe, Gewerbe in
18 strukturschwächere Regionen zu verlagern bzw. dort zu halten. Die Gewerbesteuer als
19 Steuerungsinstrument ist hingegen kontraproduktiv, da sie den Teufelskreis in den
20 Abwanderungsregionen unterstützt: Gerade dort befinden sich viele Kommunen in schwieriger
21 Finanzlage, sodass sie höhere Gewerbesteuersätze erheben müssen als Kommunen in
22 Verdichtungsräumen mit finanziellen Spielräumen.

23 Neben diesen Rahmenbedingungen ist aber der beste Anreiz für Unternehmen, gute
24 Arbeitsplätze zu schaffen, eine gute Infrastruktur vor Ort: Für Unternehmen sind sowohl
25 Faktoren entscheidend, die die Produktion bzw. die Bereitstellung von Dienstleistungen direkt
26 betreffen, als auch die Bedingungen, die Arbeitnehmer*innen dort vorfinden. Ersteres umfasst
27 vor allem eine gute Verkehrsinfrastruktur, also schnelle Verbindungen über Straßen und Bahn,
28 aber auch zu Flughäfen, und moderne Internetanbindungen. Zweiteres verweist auf die
29 Bedeutung der allgemeinen Daseinsvorsorge und des öffentlichen Personennahverkehrs – nur
30 wenn der Unternehmensstandort gutes Leben ermöglicht, finden Unternehmen auch die
31 benötigten Arbeitnehmer*innen.

32 Entscheidend bei der Bereitstellung der Infrastruktur ist wiederum, dass diese zumeist nicht durch
33 die Kommunen vor Ort geleistet werden kann, da den Kommunen in Abwanderungsräumen die

1 finanziellen Möglichkeiten fehlen zur ausreichenden Investition in soziale Einrichtungen, Straßen
2 und Breitband-Internet. Es ist deshalb eine essentielle Aufgabe für die Landespolitik, dort, wo
3 Kommunen es nicht selbst leisten können, die Kosten für Infrastrukturmaßnahmen in größerem
4 Umfang als bisher zu übernehmen.

5 **Infrastruktur und Daseinsvorsorge in Abwanderungsräumen**

6 Besonders wichtig für Orte, die von Abwanderung betroffen sind, ist es, dass die Einrichtungen
7 des täglichen Bedarfs weiterhin aufrecht erhalten werden können. Hierzu zählen neben Banken
8 und Apotheken auch Poststellen und Einkaufsmöglichkeiten. Einkaufsläden und Poststellen
9 werden oft aufgrund zu geringer Umsätze eingestellt. Zumeist bleibt es dann den Kommunen
10 überlassen, für die Abdeckung des täglichen Bedarfs der Bevölkerung durch das Betreiben von
11 Poststellen oder Einkaufsmöglichkeiten zu sorgen.

12 Eine ähnliche Problematik ergibt sich bei Gaststätten, die meist eine wichtige Funktion in
13 ländlichen Abwanderungsgebieten einnehmen, da sie für das Vereinsleben essentiell sind. Für
14 diese Investitionen in die Infrastruktur braucht es zusätzliche finanzielle Unterstützung aus dem
15 Landeshaushalt.

16 Ebenso steigt in Abwanderungsräumen auch die Gefahr der Schulschließung durch zu geringe
17 Schüler*innenzahlen. Gerade für diese Kommunen kann die Gemeinschaftsschule ein Modell
18 sein, das es ermöglicht, dass die Schulen vor Ort erhalten bleiben können.

19 Gerade in ländlicheren Gebieten ist die Internetanbindung immer noch eines der wichtigsten
20 Infrastrukturprojekte. Langsamer oder instabiler Zugang zum Internet verringert sowohl die
21 Lebensqualität der dort lebenden Bevölkerung als auch die wirtschaftlichen Möglichkeiten für
22 dort ansässige Betriebe. Gerade durch die Digitalisierung und die damit verbundenen Chancen
23 zur virtuellen Überbrückung von Entfernungen bietet eine gute Internetversorgung
24 Entwicklungspotential für wirtschaftliche schwächere Regionen. Es muss deshalb zukünftig auch
25 in Abwanderungsräumen und ländlicheren Gebieten für jeden Haushalt und Betrieb der
26 Normalfall werden, an Glasfasernetze angebunden zu sein.

27 Auch der Zugang zu mobilen Hochgeschwindigkeitsnetzen ist noch immer nicht ausreichend
28 gewährleistet. Wir fordern flächendeckenden Zugang zu diesen. Besiedelte Gebiete, deren
29 nähere Umgebung und Verkehrsachsen sind hier landesweit vorrangig zu versorgen.
30 Insbesondere sollte der Fokus auch auf Gebiete mit schlechter kabelgebundenen

1 Internetversorgung liegen – dabei ist das mobile Netz allerdings nur eine Übergangslösung und
2 darf nicht zum dauerhaften Ersatz für weitaus leistungsfähigere Glasfasernetze erklärt werden.
3 Die Anbindung an zeitgemäße und zukunftssichere Kommunikationsnetze darf außerdem nicht
4 hauptsächlich von den Profitmöglichkeiten für Konzerne abhängen. Wo die Ziele der
5 Versorgung nicht erreicht werden, muss der Gesetzgeber regulierend tätig werden und diese
6 sicherstellen. Wie auch im Bereich der klassischen öffentlichen Daseinsvorsorge halten wir hier
7 die in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts erfolgte Liberalisierung des Marktes und die
8 Privatisierung der Deutschen Bundespost als Netzbetreiber für einen gravierenden Fehler und
9 begrüßen es, wenn Gemeinden über Ihre Versorgungsgesellschaften wieder selbst tätig werden.

10 Auch im Bereich der medizinischen Versorgung sehen wir die fortdauernde Privatisierung von
11 Krankenhäusern mehr als kritisch. Diese führt dazu, dass aus Kostengründen die (fach)ärztliche
12 Versorgung gerade in Abwanderungsräumen immer weniger sichergestellt werden kann und
13 auch die Qualität dieser in vielen Fällen abnimmt.

14 Der Staat ist hier verpflichtet reinem Profitdenken entgegen zu steuern und die wohnort- und
15 zeitnahe Versorgung mit allen notwendigen medizinischen Dienstleistungen für alle
16 sicherzustellen. Die Einführung einer Bürger*innenversicherung halten wir auch aus diesem
17 Gesichtspunkt heraus weiterhin für unabdingbar.

18 Insgesamt muss klar sein: Gerade in Räumen, die von Abwanderung betroffen sind, bedeutet
19 eine Anpassung der Infrastruktur immer auch eine Investition in die Schaffung zukunftsfähiger
20 Daseinsvorsorge und Versorgung. Rückbau und Anpassung von Überkapazitäten darf nicht
21 bloßen Abbau bedeuten, sondern muss mit einer aktiven Anpassungsstrategie die
22 Zukunftchancen der Bewohner*innen sichern. Gleichzeitig muss auch in neuartige Infrastruktur
23 wie etwa Breitband-Internet besonders investiert werden, um die negative Entwicklung in diesen
24 Räumen zu stoppen oder zumindest zu verlangsamen.

25 **Bekämpfung von Leerständen**

26 In vielen Kommunen und Gemeinden in eher peripheren Räumen entwickelt sich Leerstand von
27 Wohnungen, Geschäften oder ganzen Häusern zu einem ernsthaften Problem für den
28 funktionalen Zusammenhalt der betroffenen Gebiete – es kommt zu einer Abwärtsspirale. Ein
29 Ansatzpunkt kann hier in einem kommunalem Leerstandsmanagement liegen, das bei der
30 Kartierung von Leerständen und Leerstandsrisiken ansetzt, leerstehende Gebäude sichert und für

1 langfristige Zwischennutzungen erhält sowie aktiv neue MieterInnen vermittelt.

2 Bei Leerständen in alten Dorfkernen sollte im Sinne des Entwicklungsgrundsatzes
3 „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ gezielt und planmäßig eine Ertüchtigung der
4 Bausubstanz und der örtlichen Räume vorangetrieben werden. Vorhandene bauliche Strukturen
5 in den Ortskernen sollen nach Möglichkeit erhalten und neuen Nutzungen zugeführt werden.
6 Dafür fordern wir die Schaffung von Förderprogrammen zur Wiederbelebung von Leerstand.

7 Spekulativen Leerständen oder bloße Nichtfreimachung von Grundstücken aus ökonomischen
8 Gründen muss mit kommunalen Zweckentfremdungssatzungen, der wiedereingeführten
9 Grundsteuer C oder einem Freimachungsgebot bekämpft werden bzw. kann durch den Erlass
10 eines formalen Sanierungsgebiets nach § 136 ff. BauGB gezielt angegangen werden. Es soll
11 auch der Einsatz von Sanierungsgenossenschaften als Träger der Sanierungsmaßnahmen
12 erprobt werden.

13 **Mobilität in Abwanderungsräumen**

14 Gerade in Abwanderungsräumen werden die Bedürfnisse zur Mobilität nur äußerst
15 unzureichend von öffentlichen und klimafreundlichen Verkehrsmitteln abgedeckt – durch das
16 schlechte Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs sind sehr große Teile der Bevölkerung
17 auf eigene PKWs angewiesen.

18 Es ist deshalb Aufgabe der Kommunen und der überregionalen Verkehrsplanung, sich dieser
19 Entwicklung entgegenzustellen und auch in Abwanderungsräumen ausreichende Angebote zur
20 Mobilität zu schaffen, die auch Menschen ohne PKW oder Führerschein ein gutes Leben
21 ermöglichen.

22 Lösungen müssen natürlich berücksichtigen, dass die Nachfrage in dünner besiedelten
23 Gebieten sich anders gestaltet als in Ballungsräumen – es müssen deshalb flexiblere Konzepte
24 wie Rufbusse, Anruf-Sammel-Taxis oder Car-Sharing weiterentwickelt und vor allem auch neue
25 Konzepte entwickelt werden. Dafür sollten Kommunen mit innovativen Modellen des öffentlichen
26 Nahverkehrs von der Landesregierung gefördert und unterstützt werden, sodass nach erfolgter
27 Evaluierung erfolgreiche Projekte als Vorbild für andere Kommunen und überregionale
28 Verkehrskonzepte dienen können.

1 IV. Strukturentwicklung in Oberbayern

2 **Aktuelle Situation**

3 Der Bezirk Oberbayern ist eine der großen Wachstumsregionen in Deutschland. Insgesamt
4 konzentriert sich die Bevölkerung vor allem in den großen Städten München, Landshut,
5 Ingolstadt und Rosenheim und den jeweils angrenzenden Gemeinden. Aber auch in kleineren
6 Städten und entlang der Achsen des öffentlichen Verkehrs konzentriert sich die Bevölkerung.

7 Doch die kleinräumliche Entwicklung Oberbayerns ist durchaus differenziert zu betrachten. Im
8 Kern des Bezirks liegt die Landeshauptstadt München. Diese ist in ihrer Entwicklung durch ein
9 starkes Bevölkerungswachstum, bedingt durch Geburtenüberschüsse und Zuzug, aber auch
10 Arbeitsplatzwachstum gekennzeichnet. Während das viele, insbesondere wirtschaftliche, Vorteile
11 mit sich bringt, gehen damit aber auch Herausforderungen wie hohe Bodenpreise und Mieten
12 und ein hoher Verdrängungsdruck einher. Für viele, insbesondere auch Beschäftigte in niedrigen
13 und mittleren Einkommensgruppen, ist das Leben in der Stadt kaum noch zu finanzieren.

14 Doch auch die angrenzenden Landkreise entwickeln sich ähnlich. Immer mehr Menschen, aber
15 auch Unternehmen weichen in die Region aus. Die Wachstumsraten einiger angrenzender
16 Kommunen übersteigen die der Landeshauptstadt sowohl was Bevölkerung als auch
17 Arbeitsplätze betrifft sogar noch.

18 Insgesamt ist der Kern des Bezirks mit dem öffentlichen Verkehr gut erschlossen, allerdings ist
19 das Verkehrssystem, sowohl bezüglich des öffentlichen Verkehrs, wie auch bezüglich des
20 motorisierten Individualverkehrs, am Rande seiner Leistungsfähigkeit. Ein Grund dafür ist die
21 hohe EinpendlerInnenquote der ganzen Kernregion, insbesondere aber auch einzelner
22 Kommunen wie Unterföhring oder Freising.

23 Etwas anders stellt sich die Situation im „großräumigeren Kern“ des Bezirks zwischen den
24 Verkehrsachsen dar. Hier ist die Dichte von Bevölkerung und insbesondere Arbeitsplätzen
25 deutlich geringer, was zu einem negativen PendlerInnensaldo führt. Die Kommunen sind stärker
26 ländlich geprägt.

1 Die Erreichbarkeit einzelner Orte nimmt mit zunehmender Entfernung zu München tendenziell
2 ab. Insbesondere die Randbereiche des Bezirks sind mit öffentlichen Verkehrsmitteln kaum oder
3 gar nicht erschlossen. Diese Gebiete sind auch deutlich weniger dicht besiedelt, gleichzeitig sind
4 die Preise für Wohnraum deutlich niedriger. Einen Sonderfall stellt die Voralpenregion dar.
5 Deren Struktur ist geprägt durch einen vergleichsweise hohen Anteil an Zweit- und
6 Ferienwohnungen. Tourismus spielt bei der wirtschaftlichen Entwicklung eine zentrale Rolle.
7 Dichte und Erreichbarkeit im öffentlichen Verkehr sind auch hier wie in den übrigen
8 Randgebieten unterdurchschnittlich.

9 **Verkehrsprojekte für Oberbayern: Wachstumsdruck managen und verringern**

10 In Oberbayern stehen in den nächsten Jahren mehrere konkrete Verkehrsprojekte an. Als
11 Jungsozialist*innen sind uns der Umweltschutz sowie die Gesundheit der Bürger*innen ein
12 großes Anliegen. Es ist zu beobachten, dass es überall dort, wo es Verkehrsprojekte gibt, auch
13 Proteste der Anwohner*innen gibt. Eine frühzeitige Einbindung aller Bürger*innen kann dem
14 entgegenwirken und für Akzeptanz sorgen. Einwände von Anwohner*innen sind ernstzunehmen,
15 das Gesamtinteresse aller sollte allerdings in der Regel Vorrang vor individuellen
16 Einzelinteressen haben.

17 *Dritte Start- und Landebahn am Flughafen München*

18 Schon seit mehreren Jahren gibt es Pläne, eine dritte Start- und Landebahn am „Kurt-Eisner-
19 Flughafen München“ zu errichten. Die drei Gesellschafter*innen der Betreiber*innengesellschaft,
20 die gemeinsam dem Bund, dem Freistaat und der Landeshauptstadt München gehört, müssten
21 diesem Projekt zustimmen. Im Jahr 2012 haben sich die Bürger*innen der Stadt München in
22 einem Bürger*innenentscheid gegen eine dritte Startbahn am Flughafen ausgesprochen. Zwar
23 ist die Stadt nicht mehr durch eine Bindungsfrist an diesen Entscheid gebunden, sieht das
24 Bürger*innenvotum aktuell aber weiterhin als bindend an. Die aktuellen Fluggastzahlen lassen
25 die Notwendigkeit einer dritten Start- und Landebahn aktuell nicht erkennen und stehen wohl in
26 keinem Verhältnis zu den ökologischen und gesundheitlichen Folgen. Sollte in Zukunft eine
27 dritte Start- und Landebahn tatsächlich notwendig sein, fordern wir einen weiteren
28 Bürgerentscheid der Bürger*innen in München. Ebenso fordern wir, den Flughafen offiziell in
29 „Kurt-Eisner-Flughafen München“ umzubenennen.

1 *Bahnknoten München*

2 Die Landeshauptstadt München ist im Bahnverkehr für die gesamte Region Oberbayern und
3 darüber hinaus von zentraler Bedeutung. Das Konzept „Bahnknoten München“ spielt eine
4 entscheidende Rolle für die Zukunftsfähigkeit des ÖPNVs in Oberbayern. Als Herzstück dieses
5 Konzeptes ist eine Entlastung der Münchner S-Bahn-Stammstrecke durch eine zweite
6 Stammstrecke geplant. Dass diese Bauarbeiten nun in Kürze beginnen können, begrüßen wir
7 ausdrücklich. Um den Individualverkehr der Pender*innen rund um München einzuschränken, ist
8 es notwendig, einige S-Bahnlinien, wie zum Beispiel bei der S7 nach Geretsried geplant, zu
9 verlängern.

10 Das sternförmig angelegte S-Bahnsystem in München bringt zwar den Vorteil, dass die
11 Bevölkerung aus dem Umland schnell in der Stadt ist, allerdings fehlen dadurch auch oft
12 Querverbindungen zwischen den Umlandgemeinden. Wir brauchen daher einen Ausbau der
13 öffentlichen Querverbindungen zwischen den S-Bahn-Strängen im Gebiet des MVV.

14 *Eine Magistrale für Europa*

15 Die Magistrale für Europa ist ein Eisenbahnprojekt der EU, welches insbesondere Ost- mit
16 Westeuropa per Schnellzug verbinden soll. Sie soll von Paris über Straßburg, Stuttgart,
17 München, Salzburg und Wien nach Bratislava/Budapest führen. Auf dem Teilabschnitt zwischen
18 Stuttgart und Salzburg führt dieses geplante Projekt auch durch Oberbayern. Als positive
19 Nebeneffekte würde es den Südosten Oberbayerns zwischen Mühldorf und Salzburg mit der
20 Bahn bedarfsgerecht anbinden. Ebenso bestünde durch den Streckenverlauf zwischen München
21 und Mühldorf die Möglichkeit den Flughafen München an das Schnellzugnetz anzubinden. Die
22 Magistrale für Europa sehen wir daher sowohl für die Region als auch für ein europäisches
23 Zusammenwachsen als ein dringend umzusetzendes Projekt an.

24 *Brennerbasistunnel-Anschluss*

25 Ein weiteres Großprojekt, das eine enorme Chance, aber auch Belastungen für die Menschen
26 und die Umwelt in Oberbayern darstellen wird, ist der geplante Brennerbasistunnel. Die Fläche
27 des Regierungsbezirkes Oberbayern ist hierbei bei den Zuläufen betroffen, die über das Inntal
28 weiter nach Innsbruck verlaufen sollen. Mehrere Varianten, auch Zuläufe von Regensburg und
29 Salzburg kommend sind hier aktuell im Gespräch. Um die angestrebte Verlagerung bei
30 Gütertransporten von der Straße auf die Schiene zu unterstützen, ist es essentiell, in Oberbayern
31 einen leistungsfähigen Anschluss der Brennerbasistunnel-Strecke aufweisen zu können bei
32 Eröffnung des Tunnels.

1 *Verbindungen zwischen Bayern und Österreich verbessern*

2 Durch die Lage Oberbayerns am Rande Deutschlands ist die Zusammenarbeit mit den
3 österreichischen Nachbargemeinden besonders wichtig. Oberbayern grenzt im Südosten mit
4 Salzburg, Oberösterreich und Tirol an gleich drei verschiedene österreichische Bundesländer. So
5 bilden bestimmte Regionen grenzübergreifend auch einen gemeinsamen Lebensraum.
6 Beispielsweise sind weite Teile des Berchtesgadener Landes und des Oberzentrums Traunstein
7 eher zum österreichischen Salzburg orientiert als zu den nächsten größeren bayerischen Städten.
8 Gerade dort würde ein Ausbau der öffentlichen Verbindungen Sinn machen, um das
9 Zusammenwachsen der beiden Regionen in einem europäischen Gedanken zu fördern. Die
10 Weiterführung der S-Bahn der Stadt Salzburg bis in die anliegenden oberbayerischen Landkreise
11 ist nur ein Beispiel.
12 Ähnliche Möglichkeiten sollten in der Regionen zu Oberösterreich und Tirol vorangetrieben
13 werden.

14 *Bayerisches Chemiedreieck anbinden*

15 Die Unternehmen im bayerischen Chemiedreieck bieten Arbeitsplätze für tausende Beschäftigte
16 in den Landkreise Traunstein, Mühldorf und Altötting, sowie in den benachbarten Landkreisen
17 und auch für viele Österreicher*innen. Für die Sicherung der Arbeitsplätze ist dringend der
18 zweigleisige Ausbau und die Elektrifizierung der Bahnstrecke München-Mühldorf-Freilassing
19 notwendig. Die für die Region ebenfalls dringend benötigte Autobahn A94, welche die Region
20 mit München und Passau verbinden soll, ist erst in Teilen fertiggestellt.

21 *Bayernweites Semester- und Azubiticket*

22 Die Einführung des Semestertickets in München war ein großer Schritt und eine Erleichterung für
23 viele Studierende aus München und dem Münchner Umland. Um diese günstige Alternative zu
24 regulären Monatskarten oder Einzelfahrten auch für Studierende außerhalb dieses
25 Geltungsbereiches zu bieten, fordern wir ein Semesterticket, welches bayernweit gilt. Neben der
26 Möglichkeit für Studierende außerhalb des Münchener Umlandes ohne Aufpreis zu ihren
27 Vorlesungen zu kommen, wird auch die Vernetzung Studierender aus ganz Bayern vereinfacht.
28 Wie schon im jetzigen Modell, das sich auf München beschränkt, soll das Semesterticket nach
29 dem Solidaritätsprinzip finanziert werden. Dass ein Semesterticket ohne Probleme auch für ein
30 ganzes Bundesland gelten kann, sieht man an NRW. Wir fordern von der Landesregierung in
31 Bayern, hier endlich aktiv zu werden und sich auch finanziell zu beteiligen.
32 Auch für Auszubildende muss eine günstige Möglichkeit geschaffen werden, sich auch
33 außerhalb des Geltungsbereiches, welcher sich derzeit zwischen Wohn- und Ausbildungsort

1 erstreckt, zu bewegen. Das Pflegen sozialer Kontakte und die Verbindung zur Familie sowie die
2 Teilhabe am kulturellen Leben müssen für Auszubildende und Studierende gleichermaßen
3 ermöglicht werden. Eine solidarische Finanzierung, ähnlich dem Semesterticket, durch
4 Ausbildungsstätte, verschiedenen Verkehrsverbänden und den Azubis, soll auch hier eine
5 bayernweite Mobilität sicherstellen. Wir fordern eine deutliche Erhöhung des Landeszuschusses
6 (Ausgleichszahlungen) für den Ausbildungsverkehr im Rahmen des §45a
7 Personenbeförderungsgesetz.

8 **Überregionale Planung**

9 Die Metropolregion München umfasst fast das gesamte Gebiet Oberbayerns, dazu noch
10 einzelne Landkreise in Niederbayern und Schwaben. Es macht Sinn, dass sich funktional
11 verflochtene Räume zusammenschließen, um eine gemeinsame, koordinierte Entwicklung
12 voranzutreiben. Der derzeitige Verein der Europäischen Metropolregion München e. V. ist daher
13 ein Anfang, in seiner derzeitigen Konstitution allerdings auch kritisch zu betrachten. Die Grenzen
14 verlaufen teils willkürlich, das Gebiet kommt durch die (Nicht-)Mitgliedschaft einzelner
15 Landkreise und Kommunen zustande. Der Fokus liegt sehr stark auf wirtschaftlicher Vernetzung
16 und Marketingmaßnahmen.

17 Daher fordern wir, bestehende Kooperationen auf Basis der Planungsverbände, wie die
18 Planungsregionen, aber auch freiwilliger Planungsinitiativen wie den Planungsverband Äußerer
19 Wirtschaftsraum München oder eben der Metropolregion zu echten verbindlichen Ebenen der
20 Regionalplanung weiterentwickeln, die dem tatsächlichen Verflechtungsraum gerecht werden.

B03

Linke Alternativen schaffen – große Koalition beenden

Antragsteller*innen Jusos München
Adressat*innen Juso-Landeskonferenz, SPD-
Bezirksparteitag

1 Wir fordern von der aktuellen Parteiführung, insbesondere vom Kanzlerkandidaten Martin Schulz
2 eine klare Absage an eine große Koalition, ohne rhetorische Hintertür.
3 Des Weiteren fordern wir von der Parteispitze, sich mit anderen linken, progressiven Kräften
4 stärker international zu vernetzen um der angeblichen wirtschaftlichen und politischen
5 Alternativlosigkeit ein klares antikapitalistisches, sozialistisches Programm entgegenzusetzen, das
6 sich auf die Mobilisierung auf den Straßen und Betrieben stützt.

7 **Begründung:**

8 Die vergangenen Jahre seit der letzten Bundestagswahl waren geprägt durch die politischen und
9 wirtschaftlichen Auswirkungen der internationalen Dauerkrise des Kapitalismus seit 2008. Sie
10 begann mit einer klassischen Überproduktionskrise, wie sie im Kapitalismus üblich ist.

11 In der Krise offenbart der bürgerlich, kapitalistische Staat seinen Charakter als Machtinstrument
12 der herrschenden Klasse besonders deutlich. Um die Profite und Vermögen der Kapitalist*innen
13 zu sichern wurden staatliche Garantien und Rettungsprogramme aufgestellt, welche zu einer
14 enormen Staatsverschuldung führten. Um diese sogenannte „Schuldenkrise“ zu lösen wurden in
15 erster Linie staatliche Ausgaben zurückgefahren, was bedeutet, dass soziale Leistungen massiv
16 gekürzt und staatliches Eigentum verkauft wurde.

17 Die sozialen und wirtschaftlichen Absicherungen, die sich die Arbeiter*innenklasse über die
18 letzten beiden Jahrhunderte mühsam erkämpft hat werden nach und nach zurückgenommen.

1 Die Folgen dieser sogenannten Austeritätspolitik sind verheerend. Existenzen werden vernichtet
2 und viele Menschen verlieren jegliche ökonomische Sicherheit. Der Umgang mit Griechenland
3 ist diesbezüglich wohl eines der drastischsten Beispiele dafür, wie eine ganze Staats- und
4 Gesellschaftsstruktur für die Verringerung der Staatsschulden geopfert wurde. Dabei hat die
5 Sparpolitik in erster Linie keine ideologischen Gründe, sondern ist in Wirklichkeit der
6 verzweifelte Versuch der Profiteure des herrschenden Systems, es zu stabilisieren. Um die
7 wirtschaftliche Stabilität wiederherzustellen, werden die politische und soziale Stabilität
8 systematisch geopfert. Es bleibt dem Kapital aber keine andere Wahl, da es an die Sachzwänge
9 der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gebunden ist. Deswegen reicht es nicht, die Sparpolitik
10 abzulehnen. Es braucht ein Programm, das eine Alternative dazu aufzeigen kann.

11 Leider versagen die traditionellen Organisationen der Arbeiter*innenklasse zur Zeit darin diese
12 Alternative aufzuzeigen. Der Wahlkampf in den USA und der Sieg Donald Trumps waren nicht
13 zuletzt auch der Ausdruck von Wut gegenüber einem politischen und wirtschaftlichen Systems,
14 das die Arbeiter*innenklasse zunehmend verarmen lässt und die soziale Spaltung vorantreibt.
15 Ähnliche Entwicklungen sind auch in Europa zu beobachten, wie z.B. das Brexit-Votum in
16 Großbritannien und der Aufstieg rechtsradikaler Parteien, wie der AfD in Deutschland, der FPÖ
17 in Österreich oder des Front National in Frankreich. Auch hier haben wir schon längst
18 „amerikanische Zustände“ mit prekären Jobs für Millionen, Hungerrenten, zunehmender
19 Altersarmut, Tafeln zur Armenspeisung und einer maroden Infrastruktur. Privatisierungen,
20 Arbeitsplatzabbau und Sparmaßnahmen zerstören das Leben von Millionen Menschen.
21 Natürlich ist das Versagen der traditionellen Arbeiter*innenbewegung einen Ausweg aus der
22 kapitalistischen Krise zu finden nicht der einzige Grund für den Aufstieg rechter Bewegungen.

23 Solange jedoch die Organisationen der Arbeiter*innenbewegung überwiegend fest in die
24 Verwaltung des Status Quo eingebunden sind und die Sachzwänge des kapitalistischen Systems
25 hinnehmen, werden rechte Demagog*innen einen Nährboden für ihre Hetze vorfinden.

26 In Deutschland ist das Symbol für dieses Eingebundensein die große Koalition. Zwar konnte die
27 SPD in dieser durchaus einige ihrer Forderungen durchsetzen, wie z.B. den Mindestlohn, die
28 Mietpreisbremse oder die Frauenquote in Aufsichtsratsmitgliedern, jedoch sind diese

1 Maßnahmen teilweise mit so vielen Ausnahmen versehen, dass sie letztendlich mehr oder
2 weniger wirkungslos sind.

3 Als Sozialist*innen wissen wir, dass diese Maßnahmen auch niemals die Ursachen sozialer
4 Misstände beseitigen können, sondern höchstens Versuche sind, die Symptome zu bekämpfen.
5 Dies ist nur möglich, wenn der Kapitalismus durch die Vergesellschaftung von Eigentum und die
6 demokratische Planung der Wirtschaft überwunden wird. Jegliche Reform innerhalb des
7 kapitalistischen Systems muss deshalb mit dem klaren Ziel der Überwindung dieses Systems
8 durchgeführt werden.

9 Die große Koalition hat uns mehr als deutlich vor Augen geführt, dass dies in einem Bündnis mit
10 Konservativen und ohne eine grundsätzliche inhaltliche Erneuerung der SPD unmöglich ist. Sie
11 hat dazu geführt, dass die SPD durch die ständige Kompromissbildung mit den Konservativen
12 ihren Anspruch die Gesellschaft grundsätzlich zu verändern immer weiter aufgegeben hat und
13 den Sozialismus als Ziel in ihrem praktischen Handeln völlig aus den Augen verloren hat.

14 Wenn die SPD wieder eine Partei werden soll, die eine klare sozialistische Alternative zum
15 krisengeschüttelten Kapitalismus unserer Zeit darstellt muss sie sich organisatorisch und
16 inhaltlich grundsätzlich erneuern.

17 Deshalb darf es unter keinen Umständen zu einer Fortsetzung der großen Koalition kommen.

B04

Bodenspekulation wirksam bekämpfen!

Antragsteller*innen Jusos München
Adressat*innen Juso-andeskonferenz, SPD-
Bezirksparteitag

1 „Steigerungen des Bodenwertes, die ohne besonderen Arbeits- oder Kapitalaufwand des
2 Eigentümers entstehen, sind für die Allgemeinheit nutzbar zu machen.“ (Verfassung des
3 Freistaates Bayern, Art. 161 Abs. 2)

4 Nicht nur in der bayerischen Verfassung, sondern auch in weiteren Landesverfassungen ist die
5 Sozialpflichtigkeit des Eigentums an Grund und Boden festgehalten. Dennoch spielt sie aktuell
6 keine Rolle. Im gegenwärtigen System wird, wie so häufig, versucht Verteilungsprobleme über
7 den Markt, anstatt über staatliche Steuerung und Planung zu regeln. Angebot und Nachfrage
8 bestimmen den Preis von Gütern. Diesem Gedanken liegt aber die Annahme zu Grunde, dass
9 Güter vermehrbar (oder ersetzbar) sind. Für Baugrundstücke, insbesondere im innerstädtischen
10 Bereich, gilt das jedoch nicht. Gleichzeitig sind sie ein in höchstem Maße existentielles und
11 lebensbestimmendes Gut. Umso verwunderlicher ist es, dass Grundstücke heute gehandelt
12 werden wie beliebige reproduzierbare Güter. In München (sowie vielen weiteren Großstädten)
13 ist Baugrund die wertvollste Ressource, denn BesitzerInnen halten Baugrundstücke zurück,
14 verknappten das Angebot, befeuern den Mangel an Wohnraum und treiben die Preise in die
15 Höhe. Gewinn macht, wer den längeren Atem hat, denn der Wert eines Grundstücks steigt
16 allein mit der Zeit. Der/Die EigentümerIn trägt in diesem Falle nichts zur Wertsteigerung bei,
17 sondern profitiert rein von dem aus Steuergeldern finanzierten infrastrukturellen Umfeld des
18 Gebäudes.

19 Bereits Anfang/Mitte der 70er Jahre wurde das Problem bei den Jusos und in der SPD erkannt
20 und diskutiert. Ziel war es die Spekulation mit Grundstücken durch Besteuerung wirksam zu
21 bekämpfen. An diese Diskussion wollen wir anknüpfen, denn wir brauchen eine
22 Bodenrechtsreform um Bodenspekulationen einzudämmen. Gewinne von

1 GrundstückseigentümerInnen durch leistungslose Wertsteigerung des Bodens sollen künftig über
2 eine Bodenwertzuwachssteuer abgeschöpft werden. Wir brauchen darüber hinaus eine
3 grundsätzliche Debatte über mögliche Veränderungen der Eigentumsrechte an Grund und
4 Boden, im Zuge derer auch alternative Konzepte wie beispielsweise das eines Bodenfonds
5 diskutiert werden.